

Medien müssen frei sein.
Deshalb **JA** zur Privatisierung von Radio L.



Das Stimmvolk hat die Wahl und wird am 27. Oktober 2024 über die Privatisierung von Radio L abstimmen. Dieser Volksabstimmung geht eine lange Geschichte voraus.

MIT IHREM JA ERMÖGLICHEN SIE EIN PRIVATRECHTLICHES RADIO L.

Chronologie

1995

Im August 1995 nahm Radio L als Privatsender den Betrieb auf. Nach acht Jahren zog sich der private Investor zurück, weil er das Defizit nicht mehr tragen wollte.

2003

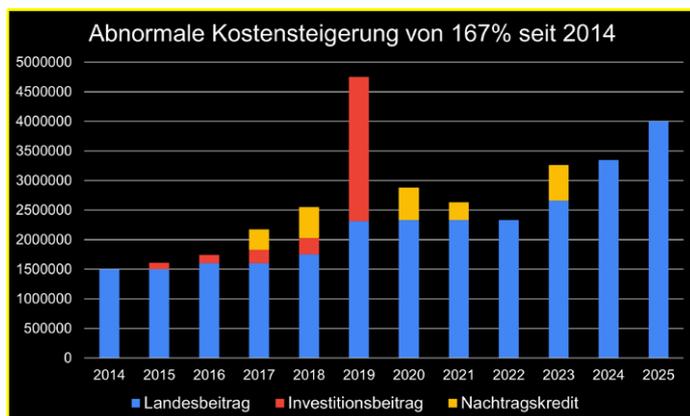
Die FBP-Alleinregierung kauft dem Investor das Radio für CHF 3 Mio. ab. Seit diesem Zeitpunkt finanziert der Steuerzahler den Sender.

2004

Im Januar 2004 wurde der Liechtensteinische Rundfunk (LRF) gegründet.

2014

Im Jahr 2014 erhielt Radio L einen Landesbeitrag von CHF 1,5 Mio. Seither hat der Landesbeitrag eine Kostensteigerung von 167 Prozent erfahren:



2018

Im November-Landtag 2018 reichten die DpL eine Motion zur Privatisierung des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF) ein:

www.landtag.li/files/attachments/Motion_Rundfunk.pdf

Oder scannen Sie mit einem Smartphone diesen QR-Code:



2014 - 2024

In der Zeitspanne von 2014 bis 2024, also 10 Jahre, gewährte der Landtag dem Sender nebst dem Landesbeitrag 5 Investitionsbeiträge und 5 Nachtragskredite.

Die Summe dieser Investitionskredite beträgt CHF 3.2 Mio. und diejenige der Nachtragskredite CHF 2.3 Mio.:

Jahr	Landesbeitrag	Nachtragskredit	Investitionsbeitrag
2014	1'500'000		
2015	1'500'000		108'000
2016	1'600'000		143'000
2017	1'600'000	345'000	228'000
2018	1'750'000	523'000	279'000
2019	2'314'000		2'473'500
2020	2'330'000	550'000	- 509
2021	2'330'000	300'000	
2022	2'330'000		
2023	2'660'000	600'000	
2024	3'343'000		
Summe	23'257'000	2'318'000	3'230'991
Gesamt	28'805'991		

2024 / 2025

Mit einem für die Jahre 2025 bis 2029 geltenden Finanzbeschluss hat der Landtag den Landesbeitrag von CHF 3.95 Mio. pro Jahr angehoben.

Anfang März 2024 reichten Erich Hasler und Pascal Ospelt die Initiative zur Privatisierung von Radio L ein. Im Juni-Landtag - also 14 Wochen später - hat der Landtag die Initiative als verfassungskonform bestätigt. Somit konnte die Unterschriftensammlung beginnen.

Im August wurden gut 1'700 Unterschriften der Regierung überreicht.

Nun entscheidet das Stimmvolk nach vielen Jahren der Misswirtschaft und enormen Kostensteigerungen, die die jeweiligen Regierungen zu verantworten haben, ob es so weitergehen soll, oder ob ein Neuanfang unter anderen Vorzeichen stattfinden soll.

Die Regierung legte den Abstimmungstermin auf den 27. Oktober 2024 fest. Somit entscheidet das Stimmvolk nach mehreren Jahren der Misswirtschaft über die Privatisierung von Radio L.



ANTWORT: BITTE ANKREUZEN	
JA <input checked="" type="checkbox"/>	NEIN <input type="checkbox"/>

JA ZUR PRIVATISIERUNG VON RADIO L, WEIL ...

- es ungerechtfertigt ist, dass 70 Prozent der gesamten Medienförderung ein Staatsradio erhält und alle anderen Medien sich lediglich die restlichen 30 Prozent teilen müssen.
- ein privates Unternehmen innovativer bzw. wirtschaftlicher agieren muss.
- ein Staatsradio der Oberaufsicht der Regierung untersteht.
- ein staatliches Radio die Gefahr birgt, ein Sprachrohr der Regierung zu sein.
- Medien frei und unabhängig sein müssen, damit sie ihre Funktion als 4. Gewalt im Staat wahrnehmen können.
- die rechtliche Kontrolle über das Staatsradio gemäss Rundfunk-Gesetz der politisch besetzten Medienkommission obliegt, wobei die Mitarbeit der DpL bislang nicht erwünscht war.
- ein Konzessionssystem, wie es die Schweiz kennt, bessere Ergebnisse liefert.
- ein Privatrado sich dem Wettbewerb stellen und ein qualitativ hochwertiges Programm ausstrahlen muss.
- CHF 3.95 Mio. für ein Radio mit geringer Hörerschaft eindeutig zu viel sind.
- der Steuerzahler zukünftig nicht mehr für Fehlentscheide des Managements zahlen soll.
- lange genug die Chance bestanden hat, positive Veränderungen herbeizuführen und diese nicht genutzt wurde.
- man sich jahrelang auf einen «willfährigen Landtag» verlassen hat.
- die Medienministerin und der Landtag eine Privatisierung nicht einmal prüfen wollten.
- eine fast 90-prozentige Staatsfinanzierung gegenüber allen anderen Medien nicht fair ist und das auch kein zukunftsfähiges Geschäftsmodell ist.

«Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.»

... ist eine alte Weisheit. Daher wird ein staatliches Radio nie neutral und unabhängig, sondern Stimme der Regierung sein, solange die Regierung die Oberaufsicht hat.

DIE UNABHÄNGIGKEIT DER MEDIEN KANN DURCH STAATLICHE GELDER UNTERGRABEN WERDEN.

Die Neue Zürcher Zeitung veröffentlichte am 17. Januar 2022 den folgenden Beitrag:

www.nzz.ch/wirtschaft/der-staat-und-die-medien-vereinnahmung-ist-eine-reale-gefahr-ld.1664301

Oder scannen Sie mit einem Smartphone diesen QR-Code:



PRESSEFREIHEIT IST KEINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT.

«Pressefreiheit nimmt weltweit ab... Weltweit werde die Pressefreiheit von denjenigen bedroht, welche eigentlich ihre Garanten sein müssten: den politischen Behörden.»

www.watson.ch/schweiz/international/881366760-pressefreiheit-schweiz-neu-in-den-top-10-der-grosse-laendervergleich

Oder scannen Sie mit einem Smartphone diesen QR-Code:



WO EIN WILLE, DORT EIN WEG.

Zwei Schweizer Privat-Radio-Experten diskutierten Ende September 2024 auf 1 FLTV über die Privatisierung von Radio L. Alfons Spirig war Inhaber und Verwaltungsratspräsident der Zentralschweizer Radiosender Central, Sunshine und Eviva. Der aktuelle Verwaltungsratspräsident von Radio L, Jürg Bachmann, war 18 Jahre Präsident des Verbandes Schweizer Privatradios, bevor er im April 2024 sein Amt niederlegte.

Dieses Expertengespräch finden Sie unter:
www.1fl.li/wp/juerg-bachmann-und-alfons-spirig/

Oder scannen Sie mit einem Smartphone diesen QR-Code:



MIT IHREM JA ZUR PRIVATISIERUNGSINITIATIVE ERMÖGLICHEN SIE

- einen Neuanfang für ein privatrechtlich organisiertes Radio
- ein Konzessionssystem gemäss Schweizer Vorbild
- die öffentliche Ausschreibung der Konzession alle 10 Jahre
- mehr Unternehmer- und weniger Beamtentum
- einen klar definierten Leistungsauftrag
- eine Kontrolle der Leistung des Radios durch eine unabhängige Stelle analog zur Schweiz
- einen effizienten Einsatz unseres Steuergeldes

**CHF 3.95 Mio. pro Jahr für ein Unterhaltungsmedium ist klar zu viel.
Deshalb JA zur Privatisierungsinitiative.**